

Entwicklung der zukünftigen US-Nuklearpolitik

Autor(en): **Sauerwein, Brigitte**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **164 (1998)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-65363>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Entwicklung der zukünftigen US-Nuklearpolitik

Brigitte Sauerwein

Die indischen und pakistani-schen Atomtests im Mai dieses Jahres erinnerten eine schockierte Weltöffentlichkeit daran, dass die nukleare Karte immer noch Trumpf ist. Gleichzeitig signalisierten die Tests, dass die Nuklearpolitik der USA in einem zentralen Punkt gescheitert ist – dem erklärten Ziel, die Proliferation von Atomwaffen zu verhindern.

Die tiefgreifenden sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges und die erklärt partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den ehemals verfeindeten nuklearen Supermächten rechtfertigen eine grundlegende Überprüfung und Neuformulierung von deren Nuklearpolitik.



Brigitte Sauerwein,
Dr. phil., Publizistin,
Mitglied des Londoner «Institute
for Strategic Studies (IIS)»,
Chemin de Bonmont 5, 1260 Nyon.

Gesicherte gegenseitige Vernichtung als Stabilisierungsfaktor

Das Gleichgewicht des Schreckens, das die Ära des Kalten Krieges kennzeichnete, war das Ergebnis eines Rüstungswettlaufs sondergleichen. Das nukleare Monopol der USA war von kurzer Dauer. 1949, nur vier Jahre nach den Bombenabwürfen der USA über Hiroshima und Nagasaki, zündete die Sowjetunion ihre erste Atombombe, 1953 ihre erste H-Bombe. In der Folge wurde der nukleare Vorsprung der USA gegenüber der Sowjetunion immer geringer und machte eine entsprechende Anpassung der Nuklearstrategie der USA erforderlich.

Die **Doktrin der massiven Vergeltung** der fünfziger Jahre – ein Angriff der Sowjetunion auf die USA oder ihre Verbündeten würde mit einem massiven atomaren Vergeltungsschlag beantwortet – wurde in den sechziger Jahren angesichts des sowjetischen Nuklearpotentials unglaubwürdig. Ein Gegenschlag der Sowjetunion hätte zu einem allgemeinen Atomkrieg mit einer Vernichtung unvorstellbaren Ausmasses geführt. Die unter Präsident Kennedy eingeführte **Doktrin der Flexiblen Reaktion** sah eine abgestufte, auf die Bedrohung oder Aggression abgestimmte Reaktion mit konventionellen oder nuklearen Mitteln vor.

Der Kalte Krieg wurde nur indirekt mit militärischen Mitteln beendet – durch die Hochrüstung unter Ronald Reagan, die den östlichen Block an seiner systemimmanenten Schwäche kollabieren liess.

Seit der Auflösung des Warschauer Pakts und dem Zerfall der Sowjetunion sind weder die USA noch ihre Verbündeten einer massiven Bedrohung durch einen konventionell überlegenen Gegner ausgesetzt, die einen Kernwaffeneinsatz zum Ausgleich konventioneller Unterlegenheit rechtfertigen würde. Deshalb wurde 1991 auf dem NATO-Gipfel in Rom die Strategie der Flexiblen Reaktion aufgegeben. Nuklearwaffen haben gemäss dem neuen strategischen Konzept der NATO noch

die Funktion eines äussersten Mittels («weapons of last resort») der Existenzsicherung.

Zukünftige Optionen für den Nuklearwaffen-Einsatz der USA

Solange es Atomwaffen gibt, besteht auch die Gefahr, dass sie eingesetzt werden. Zwar wurden auf dem Gebiet der strategischen Abrüstung echte Fortschritte erzielt, aber die amerikanischen und russischen Atomwaffenarsenale bleiben auch nach Erfüllung von START I (Reduktion der dislozierten strategischen Gefechtsköpfe von 13000 bzw. 11000 auf 8000) und von START II (Reduktion auf eine Obergrenze von 3000 bis 3500 dislozierten strategischen Gefechtsköpfen) überdimensioniert. Solange die russische Duma sich weigert, das Start-II-Abkommen zu ratifizieren, bleibt ein START-III-Abkommen (mit einer weiteren Reduktion auf 2000 bis 2500 dislozierte strategische Gefechtsköpfe) Zukunftsmusik, auch wenn sich die Präsidenten Bill Clinton und Boris Jelzin bereits im März 1997 in Helsinki darauf geeinigt haben.

Das russische Atomwaffenarsenal ist heute mehr denn je ein Machtfaktor, der angesichts der instabilen politischen Lage in Russland durchaus wieder zu einem Bedrohungsfaktor werden könnte.

Deshalb wird an der Kernfunktion der US-Nuklearwaffen, der **Abschreckung vor einem Nuklearwaffeneinsatz**, auch in Zukunft nicht gerüttelt werden. Wie weit Abschreckung, die eine rational denkende politische Führung voraussetzt, auch im Falle von sogenannten «Schurkenstaaten» funktioniert, muss dahingestellt bleiben.

Die **Funktion der Kernwaffen als äusserstes Mittel der Existenzsicherung** im Falle eines nuklearen oder nichtnuklearen Angriffs ist bis heute Bestandteil der Nukleardoktrin der USA und NATO-Strategie. Kritiker weisen jedoch darauf hin, dass die USA heute eine unbestrittene konventionelle Überlegenheit besitzen und keiner existentiellen militärischen Bedrohung von aussen ausgesetzt sind. Kleinere, in ihrer Existenz bedrohte Länder könnten hingegen aus dieser Argumentation eine Rechtfertigung für den Besitz von Atomwaffen ableiten. Indirekt würde damit der Proliferation Vorschub geleistet.

Noch umstrittener ist die Option, dass ein **überlegenes US-Kernwaffenarsenal zur Abschreckung potentieller Nuklearmächte** dienen könnte. Dabei wird übersehen, dass die neuen – de-

klarierten oder inoffiziellen – Nuklearstaaten, wie Indien, Pakistan, Israel, Irak und Iran sich in regionalen Konfliktsituationen mit einem nuklearfähigen Gegner befinden. Eine nukleare Einschüchterung durch eine Supermacht dürfte ebensowenig fruchten wie die nukleare Schutzzusage gemäss Artikel VI des Atomsperrvertrags (NPT), auf dessen Unterzeichnung sich Indien erst gar nicht einliess.

Auch die **Rolle von Kernwaffen zur Abschreckung gegen andere Massenvernichtungswaffen** (chemische und biologische Waffen) ist kontrovers. Zum einen hatten biologische Waffen bislang militärisch keine Bedeutung, und zum anderen ist die militärische Wirkung von C-Waffen beschränkt und der moderner konventioneller Waffen unterlegen. Implizit hätte diese Option eine unerwünschte Aufwertung von C- und B-Waffen zur Folge.

Empfehlungen der National Academy of Sciences

Die *National Academy of Sciences*, Washington DC, hat sich eingehend mit der Frage der zukünftigen Nuklearpolitik der USA befasst und ihre Empfehlungen zu diesem Thema 1991 und 1997 veröffentlicht. In dem vom Ausschuss für Internationale Sicherheit und Rüstungskontrolle verfassten Bericht vom Juni 1997 wird für die zukünftige Nuklearpolitik der USA folgendes Zweistufen-Programm empfohlen:

I. Einschränkung der Nuklearwaffen auf die Kernfunktion – Abschreckung eines nuklearen Angriffs oder einer nuklearen Erpressung durch Androhung eines Kernwaffeneinsatzes gegen die USA oder ihre Verbündeten.

II. Ein langfristiges internationales Stabilisierungsprogramm, um Voraussetzungen zu schaffen, unter denen der Besitz von Nuklearwaffen zur Wahrung der nationalen und globalen Sicherheit nicht mehr erforderlich oder legitim wäre.

In der Praxis bedeutet dies, dass die USA in der ersten Stufe des Programms auf die Androhung eines Kernwaffeneinsatzes im Falle eines Angriffs mit konventionellen, biologischen oder chemischen Waffen verzichten. Gleichzeitig würden internationale Anstrengungen unternommen, um die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Angriffs immer geringer zu machen.

Der Bereitschaftsgrad der auf etwa 2000 dislozierte strategische Gefechtsköpfe zu reduzierenden Atomwaffen-

Nach Estland mit der ASMZ

Gleichzeitig mit den beiden anderen Staaten des Baltikums – Lettland und Litauen – gelang es Estland vor etwas weniger als zehn Jahren, sich aus dem Verbund der Sowjetunion herauszulösen und sich als souveräner Staat zu etablieren. In Zusammenarbeit mit dem estnischen Generalstab sowie dem schweizerischen Militärattaché in Stockholm wurde die ASMZ-Reise organisiert und vom 14. bis 19. Juni 1998 von sieben Schweizer Teilnehmern absolviert.

Das Zentrum des Kleinstaates mit seinen 1,5 Mio. Menschen bildet die Haupt- und Hafenstadt *Tallin*, wo rund ein Drittel der Bevölkerung ansässig ist. Das ganze Land befindet sich in Aufbruchstimmung; die bewusste Orientierung nach Westeuropa ist unverkennbar. Der grosse östliche Nachbar ist aber sowohl als Handelspartner wie auch als «Schutzpatron» der zu mehr als 33 Prozent russischstämmigen Bevölkerung dominant.

Die mit höchst bescheidenen finanziellen Mitteln ausgestatteten estnischen Streitkräfte müssen sowohl materiell wie personell «von Null her» aufbauen. Es herrscht allgemeine Wehrpflicht; die Grundausbildung dauert rund ein Jahr, danach folgt die Umteilung in einen Reservistenverband. Kader werden oft und

sehr früh in westliche Armeen zur Ausbildung entsandt. Im Vordergrund stehen dabei die skandinavischen Länder, Deutschland und die USA.

Jeder Reisetag führte zu interessanten und beeindruckenden Kontakten mit der Truppe, die konsequent und mit einfachen – zum Teil improvisierten Mitteln – ausgebildet wird. Von der einst gigantischen Militärfrastruktur ist nach dem Abzug der Sowjettruppen wenig übriggeblieben... und das Wenige kaum noch zu nutzen.

Die Führung ist offensichtlich bemüht, pragmatisch und mit sehr jungen, welt-offenen Kaderleuten das Know-how von anderen Armeen zu übernehmen bzw. mit diesen auszutauschen. Im Ausbau der bestehenden Kontakte liegt ein durchaus gegenseitiges Interesse.

Die Gastgeber haben den Reiseteilnehmern unzählige Aspekte ihres Landes nähergebracht, die dem Individualreisenden wohl verborgen bleiben. Zudem wurden wertvolle Anregungen für die Tätigkeit im eigenen Verband vermittelt. Es ist zu hoffen, dass die begonnene Veranstaltungsserie der ASMZ in dieser Art fortgesetzt wird.

Hptm Hans R. Brüttsch
Ausbildungs-offizier

arsenale soll kontinuierlich herabgesetzt werden. Darüber hinaus sollen die USA und Russland einander in einem kooperativen Rahmen zusichern, dass sie keinen nuklearen Angriff vorbereiten. Die Zielausrichtung für einen – mit einer möglichst geringen Zahl von Gefechtsköpfen durchzuführenden – Gegenschlag soll selektiv auf ausgewählte Ziele beschränkt werden und nicht mehr die Zerstörung von Städten einbeziehen. Nicht zuletzt wird empfohlen, dass die USA auf das Prinzip des Ersteinsatzes von Atomwaffen – der nicht zu verwechseln ist mit einem Erstschlag – verzichten. Diese Empfehlung ist allerdings insofern problematisch, weil sie die Glaubwürdigkeit der Abschreckung, an der vorerst festgehalten wird, untergräbt. Inzwischen hat sich auch Russland zu einem – während der sowjetischen Ära verbal kategorisch verneinten – Ersteinsatz bekannt.

Über den in einem zukünftigen START-III-Abkommen vorgesehenen Abbau hinaus sollen die beiderseitigen Atomwaffenarsenale auf je 1000 atomare Gefechtsköpfe jeglicher Art reduziert werden. Dadurch würde das Sicherheitsrisiko für die russischen Bestände – Diebstahl, unerlaubter oder irrtümlicher Atomwaffeneinsatz, Unfallrisiko – durch die bessere Kontrollmöglichkeit erheblich gemindert.

Der Abbau muss jedoch unter Bedingungen erfolgen, die auf jeder Stufe überlebensfähige Nuklearkräfte und somit eine Abschreckung sichern.

Ein Atomwaffenverbot hätte zwar den Vorteil, dass die erklärten Atom-mächte von ihren Nuklearwaffen keinen Gebrauch mehr machen könnten. Damit entfielen ein Anreiz für eine Proliferation. Gegen ein Verbot spricht aber die Tatsache, dass die Kenntnisse für die Herstellung von Atomwaffen vorhanden sind und nicht rückgängig gemacht werden können. Ein Wegfall der atomaren Abschreckung könnte zudem eine zunehmende Kriegsbereitschaft auf konventioneller Ebene zur Folge haben.

Wenn auch eine totale atomare Abrüstung aus heutiger Sicht utopisch erscheint, so wäre es an der Zeit, den Weltmachtstatus vom Besitz von Atomwaffen zu dissoziieren – zum Beispiel durch die Aufnahme eines Nichtnuklearstaates als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der UNO. Um eine weitere Proliferation von Atomwaffen zu verhindern, darf die nukleare Karte nicht mehr Trumpf sein, sondern muss zum Schwarzen Peter deklariert werden, der neuen Atomwaffenbesitzern mehr schadet als nützt. Die Initiative dazu müsste von den USA ausgehen. ■